

PRESSEMITTEILUNG

„Systematisches Misstrauen“: Neue Studie belegt massiven Schutzverlust für Gewaltbetroffene in Deutschland

Veröffentlichungsdatum: 27. April 2026

Der heute veröffentlichte Schattenbericht zur Istanbul-Konvention „Struktureller Schutzverlust“ zeichnet ein alarmierendes Bild des institutionellen Umgangs mit Betroffenen häuslicher Gewalt in Deutschland. Grundlage der Untersuchung sind 232 Erfahrungsberichte von Betroffenen, die systematisch ausgewertet und mit internationalen Forschungserkenntnissen zu *Coercive Control*, *Institutional Betrayal*, *Litigation Abuse* und *Court and Perpetrator Induced Trauma (CPIT)* in Beziehung gesetzt wurden.

Die Ergebnisse weisen auf **tiefgreifende strukturelle Problemlagen im Gewaltschutzsystem** hin. Viele Betroffene berichten, dass Gewaltkontexte durch Behörden und familiengerichtliche Verfahren nicht ausreichend erkannt oder als bloße „Hochstrittigkeit“ bzw. „Elternkonflikte“ fehlinterpretiert werden. Schutzreaktionen von Betroffenen – insbesondere von Müttern – werden laut den Erfahrungsberichten teilweise pathologisiert, während manipulative Täterstrategien institutionell nicht ausreichend erkannt werden.

Zentrale Ergebnisse der Studie

- **69,4 %** der Betroffenen fühlen sich von Behörden **nicht ernst genommen**.
- **53,3 %** berichten, dass ihnen von offiziellen Stellen schlichtweg **nicht geglaubt** wurde.
- **75,0 %** geben an, dass Polizei, Jugendämter und Gerichte **kein ausreichendes Fachwissen** zu manipulativen Täterstrategien wie *Coercive Control* besitzen.
- **64,1 %** bewerten die erhaltene staatliche Unterstützung als unzureichend, nutzlos oder sogar belastend.
- **46,0 %** meiden den Kontakt zu Institutionen mittlerweile aus **Angst vor negativen Konsequenzen** – insbesondere vor *Täter-Opfer-Umkehr* oder Nachteilen in Sorge- und Umgangsverfahren.

Die Analyse beschreibt zudem eine **institutionelle „Echokammer“**: Fehlbewertungen und problematische Narrative werden zwischen Jugendämtern, Beratungsstellen, Verfahrensbeiständen, Gutachtern und Familiengerichten unkritisch übernommen und fortgeschrieben, ohne dass eine unabhängige Korrektur erfolgt.

„Viele Betroffene erleben das Hilfesystem nicht als Schutzraum, sondern als Fortsetzung von Ohnmacht, Kontrolle und institutionellem Misstrauen“, erklärt Autorin Stefanie Reich. „Die Daten legen nahe, dass Gewaltkontexte im familiengerichtlichen

Bereich vielfach nicht ausreichend erkannt werden und Schutzbedürfnisse dadurch systematisch aus dem Fokus geraten.“

Der Bericht verweist darüber hinaus auf aktuelle wissenschaftliche und menschenrechtliche Analysen, die vergleichbare Problemlagen dokumentieren. Insbesondere wird auf die Forschung zu *Institutional Betrayal* sowie auf internationale Studien zu *Court and Perpetrator Induced Trauma (CPIT)* Bezug genommen, die beschreiben, wie gerichtliche Verfahren unter bestimmten Bedingungen **selbst Teil fortgesetzter Gewalt- und Belastungsdynamiken** werden können.

Forderungen des Berichts

Der Schattenbericht fordert unter anderem:

- die sofortige Einrichtung **unabhängiger Ombudsstellen** mit echten Eingriffsbefugnissen,
- **verpflichtende Schulungen** zu *Coercive Control* und psychischer Gewalt für Polizei, Justiz und Jugendämter,
- eine weisungsunabhängige **Qualitätssicherung** in familiengerichtlichen Verfahren,
- die stärkere Anerkennung und Finanzierung qualifizierter **Peer-Expertise** im Gewaltschutz.

Die Ergebnisse sollen einen fundierten Beitrag zur fachlichen und politischen Diskussion über die tatsächliche, praxisnahe Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland leisten.

Pressekontakt

Stefanie Reich, Autorin des Schattenberichts „Struktureller Schutzverlust“

Webseite: www.vielzunett.de

E-Mail: info@vielzunett.de

Pressefreigabe Diese Pressemitteilung kann unter Angabe der Quelle frei verwendet und zitiert werden.